

Notizen

Die von Frankreichs Präsident Jacques Chirac angekündigte Wiederaufnahme der Atomversuche im Südpazifik hat der Vorsitzende der Französischen Bischofskonferenz, Erzbischof Joseph Duval, verurteilt. Die internationale Gemeinschaft finde Sicherheit nur in der endgültigen Abschaffung aller Atomwaffen und nicht in ihrer Aufstockung, erklärte Duval gegenüber einem Rundfunksender. Die von den Nuklearstaaten zur Schau gestellte Übermacht müsse den anderen Staaten als „unannehmbare Diskriminierung“ erscheinen. Der im Januar von der Leitung der Diözese Evreux entbundene Bischof Jacques Gaillet befindet sich unterdessen auf dem Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior II“, das im Südpazifik gegen die geplanten Atomversuche protestiert.

Mit einem gemeinsamen Brief wandten sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, und der Ratsvorsitzende der EKD, der badische Landesbischof Klaus Engelhardt, Mitte Juni an den Bundeskanzler mit der Bitte, er möge sich gegen jede weitere Streichung von Feiertagen verwenden. Sie hätten Sorge, daß eine solche Maßnahme zur Finanzierung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung erfolgen könne. Die Bischöfe setzen sich in ihrem Schreiben für einen politisch-gesellschaftlichen Konsens ein, der Feiertage als „kulturelles Gemeinschaftsgut“ nicht antaste. Erneut verweisen sie dabei auf die gemeinsame Enttäuschung über die Streichung des Buß- und Bettages. Kaum einsichtig zu machen sei, daß keine andere Regelung möglich gewesen sei, um die Pflegeversicherung auf den Weg zu bringen.

Vor einer politischen Funktionalisierung des Gottesdienstes warnt eine Stellungnahme der EKD-Kammer für Theologie, die sich der Rat der EKD zu eigen gemacht hat („Der Gottesdienst in der politischen Welt“). Wenn der Vorrang der Gottesbeziehung vor der Weltbeziehung aus den Augen gerate, drohe die Gefahr, „daß aus dem Gottesdienst eine politische Veranstaltung wird“. Die Stellungnahme betont die prinzipielle Offenheit des Gottesdienstes, die verfehlt werde, wenn sich zu ihm nur Menschen besonderer politischer Einstellung eingeladen fühlen könnten. Auch in besonders drängenden politischen Fragen müsse die Kirche ihren Beitrag zur

Klärung zunächst einmal nach den allgemeinen Regeln des politischen Diskurses leisten und dürfe nicht in der politischen Auseinandersetzung die ihr spezifischen gottesdienstlichen Mittel (Talare, Altäre, Kreuze) einsetzen. Besonders Gottesdienste könnten demgegenüber bei politischen Themen notwendig sein, „in denen für die Mehrzahl der Gemeindeglieder erkennbar ein Bezug zu Gott und ihrem Glauben enthalten ist“.

Die katholische Kirche in den Niederlanden verfügt jetzt über eine Regelung für den Umgang mit Fällen von sexuellem Mißbrauch durch Priester und andere Mitarbeiter in der Seelsorge. Es handelt sich dabei um ein rein innerkirchliches Verfahren; eventuelle strafrechtliche Folgen bleiben davon unberührt. Für die Opfer von sexuellem Mißbrauch durch kirchliches Personal wird eine zentrale Meldestelle eingerichtet, die in strikter Vertraulichkeit arbeitet und die Dienste von Vertrauenspersonen und gegebenenfalls eines Rechtsberaters vermittelt. Falls das Opfer formell Anklage erheben will, geschieht das über sogenannte „Delegierte“ im Auftrag der Bischöfe bzw. Ordensoberen. Sie müssen jeden Fall vor einer endgültigen Beschlußfassung einer „Untersuchungs- und Beratungskommission“ vorlegen. Auf der Grundlage der Beurteilung durch die „Delegierten“ und diese Kommission können dann der zuständige Bischof oder Ordensobere entsprechende Maßnahmen gegenüber dem Angeklagten ergreifen.

In England wurden jetzt die am 2. Juni von Johannes Paul II. approbierten Regelungen für die Aufnahme früherer anglikanischer (in der Mehrzahl verheirateter) Geistlicher in den katholischen Klerus veröffentlicht. Gleichzeitig richteten die fünf katholischen Erzbischöfe von England und Wales einen Brief an alle Priester, der angesichts verbreiteter Kritik unter englischen Katholiken um Verständnis für die Regelungen wirbt. Kritisiert wird vor allem, daß verheirateten Priestern der Kirche von England nach ihrer Konversion der Weg zum katholischen Priesteramt geöffnet wird, während katholische Priester, die heiraten wollen, aus dem Amt scheidern müssen. Die Regelungen sehen für frühere anglikanische Geistliche eine normalerweise zweijährige Vorbereitungszeit bis zur

katholischen Priesterweihe vor; sie sollen nicht als Gemeindepfarrer eingesetzt werden. Jeder Einzelfall wird von einer aus drei englischen Bischöfen bestehenden Kommission geprüft; das letzte Urteil fällt dann in Rom.

Bei einer Audienz für die Bischöfe aus Nordbrasilien Mitte Juli im Rahmen der gegenwärtig stattfindenden ad-limina-Besuche der brasilianischen Bischofskonferenz warnte Johannes Paul II. die brasilianischen Orden vor der Errichtung einer parallelen Kirche. Er betonte, der Bischof sei immer legitimer Hirte und Lehrer, Strukturen dürften sich nicht gegen den Ortsbischof richten. Die Bischöfe mahnte er, sich nicht von falsch verstandenem Respekt leiten zu lassen. Im Bedarfsfall sollten sie von ihrer Autorität Gebrauch machen. Allerdings sollten sie die Kompetenzen der einzelnen Ordensgemeinschaften respektieren. Die regionalen, nationalen und internationalen Konferenzen von Ordensoberen wiederum dürften nie die Autonomie der Gemeinschaften aus dem Auge verlieren (vgl. Osservatore Romano 12. 7. 95).

Der wegen einer als antisemitisch kritisierten Predigt angegriffene Danziger Priester Henryk Jankowski hat sich nach längerem Zögern für seine Wortwahl entschuldigt und kam damit möglichen Sanktionen seitens seines Bischofs zuvor. In einem Schreiben an den Danziger Erzbischof Tadeusz Goclowski bedauerte er seine „unbesonnenen Worte gegenüber dem Judentum“ bei seiner Predigt am 11. Juni. Es sei nicht seine Absicht gewesen, Polen und Juden gegeneinander aufzubringen oder den Antisemitismus zu fördern. Er habe den Juden Schmerz zugefügt und bitte dafür um Entschuldigung. Jankowski hatte in der Predigt gesagt, hinter Hakenkreuz und Hammer und Sichel habe sich der Davidsstern gezeigt. Eine Regierung, die aus Personen gebildet sei, die nicht erklärten, ob sie „jüdischer oder Moskauer Herkunft“ seien, könne nicht länger toleriert werden. Noch eine Woche vor seiner Entschuldigung lehnte Jankowski ein Einlenken ab. Der Sprecher des polnischen Außenministeriums Krzysztof Sliwinski, wurde im Juni zum ersten Botschafter Polens für Kontakte mit dem Judentum ernannt. Außenminister Wladyslaw Bartoszewski begründete die Ernennung mit der „besonderen Natur“ der polnisch-jüdischen Beziehungen.